



Änderungs- Anträge

**zum Kleinen Parteitag
der SPD Baden-Württemberg
in Bruchsal**

28. April 2018

Inhalt

Änderungsantrag zum Antrag D1	3
Änderungsantrag zum Antrag D1	3
Änderungsantrag zum Antrag D1	3
Änderungsantrag zum Antrag D1	4
Änderungsantrag zum Antrag D1	4
Änderungsantrag zum Antrag D1	4
Änderungsantrag zum Antrag D1	5
Änderungsantrag zum Antrag D1	5
Änderungsantrag zum Antrag D1	6
Änderungsantrag zum Antrag D1	6
Änderungsantrag zum Antrag D1	6
Änderungsantrag zum Antrag D1	7
Änderungsantrag zum Antrag D1	8
Änderungsantrag zum Antrag D1	8
Änderungsantrag zum Antrag D1	8
Änderungsantrag zum Antrag D1	9
Änderungsantrag zum Antrag D1	9
Änderungsantrag zum Antrag D1	10
Änderungsantrag zum Antrag D5	10
Änderungsantrag zum Antrag AE1	11
Änderungsantrag zum Antrag AE1	11
Änderungsantrag zum Antrag AE1	12
Änderungsantrag zum Antrag AE3	12
Änderungsantrag zum Antrag AS5	13
Änderungsantrag zum Antrag AS9	13
Hartz IV reformieren: Für eine Existenzgrundsicherung, die diesen Namen verdient	14
Änderungsantrag zum Antrag B7	17
Änderungsantrag zum Antrag B8	17
Änderungsantrag zum Antrag PO3	17
Änderungsantrag zum Antrag PO8	18
Änderungsantrag zum Antrag W1	18
Änderungsantrag zum Antrag W1	18

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 25***

Kennummer 13600

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag D1

Ersetze Z. 85: „Wir begrüßen“

durch: „Wir begrüßen dabei ausdrücklich Regelungen in Tarifverträgen und unterstützen“

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 26***

Kennummer 13601

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag D1

Füge ein nach Z.90:

5 „Wer sich - egal auf welchem Wege - neue Fähigkeiten aneignet, muss auch die Möglichkeit bekommen, diese zu zertifizieren. Dazu muss die Eignung von formalen und informellen Kompetenzen in der Online-Arbeit und in Kreativberufen ausgearbeitet werden. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, durch die anerkannten Weiterbildungsträger deutlich mehr Weiterbildungen und Zertifizierungen im Bereich der digitalen Kreativberufe und der Online-Arbeit anzubieten. Der Aufbau dieser Zertifizierungen soll in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern geschehen und durch den Bund gefördert werden.

10 Gleichzeitig darf Weiterbildung kein Privileg für diejenigen sein, die es sich leisten können. Daher müssen ArbeitnehmerInnen zu Bildungszwecken bei Entgeltfortzahlung von der Arbeit frei gestellt werden.“

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 27***

Kennummer 13575

Kreisverband Konstanz

Änderungsantrag zum Antrag D1

Ersetze Z. 102-104 «Gleichzeitig...Beschäftigungsfähigkeit bilden» durch:

5 «Derzeit ist nicht absehbar, welche Folgen die Digitalisierung auf die Grösse und inhaltliche Gestaltung des Arbeitsmarktes haben wird. Deshalb ist der beste Schutz zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit...»

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 28***

Kennnummer 13602

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag D1

Ersetze Z.149: „Dabei“

„und fordern ein gesetzlich verankertes Recht auf „Home-Office“, solange die betrieblichen Interessen dem nicht entgegenstehen. Gleichzeitig“

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 29***

Kennnummer 13603

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag D1

Füge ein nach Z. 151

5 „Für mobile Arbeit muss außerdem der Unfallschutz als eine der zentralen Säulen der soziale Sicherungssysteme vollumfassend gewährleistet sein. Zur Kostenerstattung von Dienstreisen soll durch die Tarifpartner auf Regelungen hingewirkt werden, welche eine direkte Abrechnung möglich machen, sodass Mitarbeiter nicht in Vorkasse gehen müssen.“

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 30***

Kennnummer 13604

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag D1

Füge ein Z.154:

„Zu unserem Verständnis von guten Arbeitsplätzen gehört auch ein Rechtsanspruch auf

5 Aufstockung- oder Reduzierung der Arbeitszeit, ab einer Betriebsgröße von 50
Mitarbeitern.“

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 31***

*Kennnummer 13576
Kreisverband Tübingen*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Einzufügen in Zeile 157 in der Fassung der Antragskommission nach "... verbessert werden."

5 In diesem Zusammenhang wollen wir sicherstellen, dass Betriebsräte moderne
Kommunikationsmittel genauso uneingeschränkt nutzen können, wie dies die Arbeitgeber
tun. Dazu gehören Instrumente für digitale Kollaboration ebenso wie Videokonferenzen,
Skypekonferenzen und Telefonkonferenzen. Deshalb muss im Betriebsverfassungsgesetz
geregelt werden, dass Betriebsräte, vor allem aber Gesamt-, Sparten- und
Konzernbetriebsräte auch berechtigt sind, gültige Beschlüsse im Rahmen solcher
10 Konferenzen zu fassen. Die Arbeitgeber werden verpflichtet, die entsprechenden
Arbeitsmittel zur Verfügung zu stellen. Eine ungestörte und unbeobachtete Kommunikation
ist dabei zu gewährleisten.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 32***

*Kennnummer 13577
Kreisverband Konstanz*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Füge ein in Z. 205

«Wir setzen uns weiterhin für die Einführung des Arbeitslosengeldes Q ein, das für
Arbeitssuchende Anreize zur Weiterbildung setzt.»

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 33***

*Kennnummer 13578
Kreisverband Konstanz*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Füge ein in Z. 209 nach «weiterentwickeln»

«, die im Bedarfsfall berufsbegleitend Qualifizierungsmassnahmen fördert.»

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 34***

*Kennnummer 13579
Kreisverband Konstanz*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Ersetze Z. 216-219 «Wenn wir ... ausgehen»

«Wir haben den Anspruch, die bevorstehenden Herausforderungen aktiv zu gestalten, so dass uns auch in Zukunft die Arbeit nicht ausgeht.»

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 35***

*Kennnummer 13580
Kreisverband Konstanz*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Z. 282-285 «Hierbei...besiegen.»

Streichen

Änderungsantrag zum Antrag D1

Füge ein Z.286:

Daten - das neue Kapital

5 Das Sammeln und Auswerten von Daten nimmt für Unternehmen einen immer höheren wirtschaftlichen Wert ein. Die durch die NutzerInnengemeinschaft erzeugten Daten kommen in teils unverhältnismäßigem Ausmaß den Unternehmen zugute, während VerbraucherInnen und die Öffentlichkeit nicht ausreichend profitieren. Das Sammeln von Daten bringt auch für die Unternehmen eine große Verantwortung mit sich. Wir wollen
10 deswegen Daten sammelnde Unternehmen dazu verpflichten, jährlich zu veröffentlichen, wie sie für den Schutz der Daten der VerbraucherInnen Sorge tragen.

Daten gehören grundsätzlich nicht dem Unternehmen, das diese sammelt, sondern dem Verbraucher oder der Verbraucherin. Deswegen treten wir für das Recht jedes
15 Verbrauchers und jeder Verbraucherin ein, auf Wunsch alle erhobenen personenbezogenen Daten in einem offenen, standardisierten Format bei einem Anbieter herunterzuladen und bei Bedarf vollständig löschen zu lassen. Damit wird nicht nur ein AnbieterInnenwechsel erleichtert, sondern auch die Privatsphäre gestärkt. Wir sprechen uns für eine gesetzliche Regelung aus, die gewährleistet, dass NutzerInnen über das Speichern, Verwenden,
20 Verarbeiten sowie die Art und Weise des Umfangs leicht verständlich und vollständig informiert werden müssen. Dafür braucht es einen Datenbrief, welchen die NutzerInnen regelmäßig vom Unternehmen das die Daten sammelt, erhalten. Die Kosten für einen Datenbrief sind vollständig vom Unternehmen zu tragen und dürfen dabei nicht auf die NutzerInnen abgewälzt werden.

25 Im Gegensatz zu personenbezogenen Daten, stellen personenunabhängige Daten ein Allgemeingut dar - ihre Nutzung darf der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Deshalb sprechen wir uns für eine rechtlich bindende Verpflichtung aus, anonymisierte NutzerInnendaten nach einer angemessenen Zeit der Allgemeinheit für private wie
30 wirtschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen, ohne dass entsprechende Zugangsbarrieren einen Zugriff erschweren. Dieses Open Data-Prinzip soll für Unternehmen wie Behörden gleichermaßen gelten. Nur so kann es wieder zu echtem Wettbewerb kommen und die Marktmacht der großen Digitalkonzerne gebrochen werden.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 37***

*Kennnummer 13581
Kreisverband Konstanz*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Ersetze Z. 378-381 «Wir wollen...begrenzen.» durch:

«Dazu gehört, dass in jedem Arbeits- oder Tarifvertrag die Art der Erreichbarkeit ausserhalb des Arbeitsplatzes sowie deren Vergütung geregelt werden muss.»

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 38***

*Kennnummer 13582
Kreisverband Tübingen*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Ersetzt die Formulierung ab Zeile 506 „Arbeit bleibt für uns der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe.“

Durch

5

“Gute Arbeit bleibt für uns der wichtigste Schlüssel

zu gesellschaftlicher Teilhabe.“

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 39***

*Kennnummer 13583
Kreisverband Karlsruhe Stadt*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Streiche den Satz beginnend in Zeile 507:

„Bedingungslose Grundeinkommensmodelle können daher keine Antwort auf die digitale Arbeitsgesellschaft sein.“

5

Begründung:

Die grundlegende Diskussion über das Bedingungslose Grundeinkommen muss von

unserer Partei noch geführt werden und sollte nicht mit einem Satz abgetan werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 40

*Kennummer 13584
Kreisverband Konstanz*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Füge ein in Z. 667

5 «Dazu sollen Modellprojekte vom Land finanziert werden, die die Einrichtung sogenannter
Maker Spaces, die technische Werkstätten und Computer Labs integrieren, an baden-
württembergischen Schulen fördern.»

Antragsbereich Ä/ Antrag 41

*Kennummer 13585
Ortsverein Bauland
(Kreisverb. Neckar Odenwald)*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Füge ein nach Zeile 675:

5 „Im Rahmen der Digitalisierung aller Bereiche der öffentlichen Verwaltung verfolgen wir
einen dezentralen Ansatz zur Stärkung des ländlichen Raums. Eine vernetzte Landes- und
Kommunalverwaltung ermöglicht es, Behörden und Dienststellen verstärkt in ländlich
geprägten Regionen anzusiedeln, um dem dortigen Strukturwandel entgegenzusteuern und
gleichzeitig die Ballungszentren zu entlasten.“

Begründung:

10 Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 42

*Kennnummer 13586
Kreisverband Konstanz*

Änderungsantrag zum Antrag D1

Ersetze in Z. 683 «Betriebe und Beschäftigte» durch:

«Beschäftigte und Betriebe»

Antragsbereich Ä/ Antrag 43

*Kennnummer 13587
Ortsverein Schrozberg
(Kreisverb.Schwäbisch Hall)*

Änderungsantrag zum Antrag D5

Vor Zeile 1 soll eingefügt werden:

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, die nachfolgenden Maßnahmen umzusetzen, insoweit das Land die rechtlichen Möglichkeiten hat. Außerdem fordern wir die SPD-
5 Bundestagsfraktion auf, dem Land die rechtlichen Möglichkeiten für die weiteren Maßnahmen zu verschaffen.

Begründung:

10 Nachdem der Antrag auf dem Landespareitag in Donaueschingen nicht behandelt wurde, hat die SPD-Landtagsfraktion eine rechtliche Prüfung der Idee eines Anschlusszwangs bei Glasfaserhausanschlüssen für den Breitbandausbau vorgenommen. Diese ergab, dass das Land dazu derzeit wahrscheinlich nicht befugt ist. Für einen solchen Anschlusszwang ist
15 wahrscheinlich eine Änderung des Rechtsrahmens erforderlich. Die SPD-Bundestagsfraktion soll auf eine solche Rechtsänderung hinwirken.

Antragsbereich Ä/ Antrag 44

Kennnummer 13588

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag AE1

Änderungsantrag zu AE1 in der Fassung der Antragskommission:

In der Zeile 10 nach Afrika Initiative einfügen:

- 5 Schon heute ist Afrika besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen, Landgrabbing und die Ausbeutung der Rohstoffe zerstören in weiten Teilen des Kontinents die Lebens- und Erwerbsgrundlagen der Bevölkerung.

Begründung:

10

Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 45

Kennnummer 13589

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag AE1

Füge am Ende der Zeile 21 ein:

- 5 Dabei darf ökologische Nachhaltigkeit im Kampf gegen Armut und beim Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft nicht vernachlässigt werden, gerade weil der Klimawandel das Armutsproblem verschärft. Eine ressourcenintensive Wachstumspolitik ist langfristig nicht mit dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung vereinbar.

Begründung:

- 10 Die sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen von Nachhaltigkeit hängen miteinander zusammen. Beispielsweise treffen in der afrikanischen Sahelzone sozioökonomische Faktoren wie Armut, Unterernährung, unzureichende Bildungsmöglichkeiten und hohes Bevölkerungswachstum mit ungünstigen geografischen Bedingungen und fortschreitender Umweltzerstörung zusammen und bedingen sich
15 gegenseitig.

Antragsbereich Ä/ Antrag 46

Kennnummer 13590

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag AE1

Füge am Ende der Zeile 120 ein:

Dabei stehen wir besonders kritisch Handelsverträgen zwischen ungleichen Partnern gegenüber, bei denen der Wegfall von Zöllen des kleineren Partners ausgehandelt wird.

5

Begründung:

In der näheren Vergangenheit hat die EU neue Handelsverträge mit afrikanischen Staaten abgeschlossen (EPA) und plant weitere abzuschließen. Zwar wird den afrikanischen Staaten der zollfreie Zugang zum europäischen Markt gewährt, aber im Gegenzug müssen auch die afrikanischen Staaten ihre Märkte schrittweise öffnen. Dabei sind einige unserer Produkte subventioniert und viele der afrikanischen Produkte nicht konkurrenzfähig gegenüber den europäischen. Wir sollten deswegen Handelsverträgen zwischen ungleichen Partnern kritisch gegenüber stehen und darauf achten dass die Mühen der Entwicklungshilfe nicht durch einseitige Wirtschaftspolitik zunichte gemacht werden

10

15

Antragsbereich Ä/ Antrag 47

Kennnummer 13591

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag AE3

Füge hinzu nach letztem Satz des Antrags (Zeile 12):

Die SPD setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Genehmigung von Waffenexporten künftig eine Aufgabe des Parlamentes wird und nicht mehr der Bundesregierung obliegt. Wir wollen eine Änderung des Grundgesetzes an dieser Stelle erreichen.

5

Begründung:

Der Kern der Rüstungsabbau-Debatte liegt darin, dass es keine parlamentarische Kontrolle gibt. Solange das Grundgesetz an dieser Stelle so bleibt und keine volle Transparenz und Kontrolle hergestellt werden kann, haben es politische Initiativen zum Rüstungsabbau schwer.

10

Antragsbereich Ä/ Antrag 48

Kennnummer 13592

Kreisverband Ravensburg

Änderungsantrag zum Antrag AS5

Ergänzen:

9. Der Mehrbedarf eines Kindes als Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende darf nicht durch Wegfall aus dem ALG-II-Zuschuss neutralisiert werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 49

Kennnummer 13593

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag AS9

Ergänzend zu „Überweisung an die Bundestagsfraktion“ beantragen wir, dass das Thema Transfersysteme & Grundeinkommensmodelle als Schwerpunkt auf dem kommenden Kleinen Landesparteitag behandelt wird und vom SPD Landesvorstand entsprechend vorbereitet wird.

5

Begründung:

Die SPD muss zu diesem Thema in dieser Legislaturperiode des Bundestages ihre Position auf eine längere Sicht klären.

Antragsbereich AS/ Antrag 10

Kennnummer 13574

Kreisverband Heidelberg

Empfänger:

Bundesparteitag

Landesvorstand

Hartz IV reformieren: Für eine Existenzgrundsicherung, die diesen Namen verdient

Jeder Mensch hat ein Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Dies wird aktuell nicht mehr durch Hartz IV gewährleistet. Eine grundlegende Reform ist deshalb notwendig.

5 **Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen**

Das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum ergibt sich laut Prüfung des Bundesverfassungsgerichts aus der Menschenwürde in Verbindung mit dem Sozialstaatsgebot. Seit der Agenda 2010 kann Arbeitssuchenden dieses Existenzminimum jedoch durch Sanktionen gekürzt werden. Diese umfassen drei Stufen, welche jeweils für drei Monate gelten. Die erste Stufe bewirkt eine Kürzung des Existenzminimums von 30 %, die zweite von 60 % und die dritte von 100 %. Bei einer Vollsanktionierung obliegt es dem Ermessen der Sachbearbeiter*innen Lebensmittelgutscheine auszustellen. Abgesehen von der Tatsache, dass die Lebensmittelgutscheine an sich eine Zumutung sind, werden die Leistungsbezieher*innen so dem*der Sachbearbeiter*in ausgeliefert. Durch das Druckmittel der Sanktionen soll das gewünschte Verhalten der Arbeitssuchenden erzwungen werden. Das widerspricht eindeutig dem Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, welches ein Grundrecht für alle ist. Das sollte man sich nicht verdienen müssen. Deshalb halten wir die Kürzung des Existenzminimums durch die Sanktionierung für intolerabel.

Wir fordern, dass Menschen in einem der reichsten Länder der Welt ohne Existenzängste leben können. Wir fordern die Aufhebung einer Zweiklassengesellschaft, in welcher die Grundrechte nur für Steuerzahler*innen gelten, für die Leistungsbezieher*innen hingegen außer Kraft gesetzt werden. Deshalb fordern wir die Umwandlung von Hartz IV, welches durch Sanktionen gekürzt werden kann, in eine Existenzgrundsicherung.

Höhere Regelsätze

30 Die Höhe der Regelsätze ist zentraler Bestandteil der Leistungen des Arbeitslosengeldes II.

Bedarf seit 01.01.2018

- Alleinstehende/ Alleinerziehende: 416 €

35

- Für volljährige Partner*innen innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft: 374 €

40 - unter 25-Jährige im Haushalt der Eltern / Strafrechelleistung für ohne

Zustimmung ausgezogene U 25'er*innen: 332 €

- Kinder 0 bis 6 Jahre: 240 €

45 - Kinder 6 bis 14 Jahre: 296 €

- Kinder 14 bis unter 18 Jahre: 316 €

50 Bei diesen Regelsätzen (zuzüglich Unterbringungskosten) wird deutlich: Sie decken die
Bedarfe der Betroffenen in vielen Fällen und Regionen nicht und ermöglichen somit keine
gesellschaftliche und soziale Teilhabe. Unverhältnismäßig hart sind die Regelungen für
unter 25-Jährige, ein Zustand, den wir nicht hinnehmen wollen. So werden hier Sanktionen
im Ermessen der Sachbearbeiter*innen bereits nach dem ersten "Regelverstoß"
55 angewendet, sowie das Ausziehen aus dem elterlichen Haushalt mit hohen Hürden besetzt.
Dies widerspricht dem Recht auf Selbstbestimmung und Entfaltung als Volljährige ab 18
Jahren. Insbesondere auch im niedrigen Regelsatz für Kinder sehen wir einen dringenden
Reformbedarf. Es ist nur im Sinne der Chancengleichheit den Regelsatz für Kinder dem für
Erwachsene in einer Bedarfsgemeinschaft anzupassen und die Staffelung aufzuheben.
Zudem fordern wir, dass das Kindergeld, welches die Bedarfsempfänger*innen für ihre
60 Kinder erhalten, nicht an den Regelsatz angerechnet werden darf.

Besonders häufig angewiesen auf Leistungen aus dem SGB-II-Bereich sind außerdem
Menschen ohne Ausbildung, alleinerziehende Mütter und ältere Arbeitssuchende. Hier
muss das Prinzip des Förderns stärker gelten als das des Forderns. Wir fordern, dass Hartz
65 IV in eine Existenzgrundsicherung umgewandelt wird, welche leicht zugänglich sein muss,
z.B. durch verpflichtende Weitergabe von Informationen der Arbeitgeber*innen oder des
Finanzamts an potentiell betroffene Menschen.

70 Deshalb fordern wir die Aufhebung der Altersstufen, die Anhebung des Regelsatzes auf
Basis von realistischen Bedarfsberechnungen. Eine Orientierung an den üblichen
Mustereinkaufskörben ist hier denkbar.

Begründung:

75 Es gibt 2,55 Millionen arbeitslose Menschen in Deutschland, mit den Personen in
Weiterbildungsmaßnahmen und mit Sonderstatus sind es sogar 3,5 Millionen auf 765.000
offene Stellen. (Stand: August 2017, Quelle: arbeitsagentur.de) Außerdem sind über 20 %
der Beschäftigten im Niedriglohnsektor angestellt. Wie kann es angesichts dieser für-sich-
sprechenden Zahlen sein, dass Arbeitssuchenden die Schuld an der Arbeitslosigkeit
80 gegeben wird. Dass sie durch Bild-Zeitungs-Ideologie stetig diffamiert werden? Dass die
eigentlichen Opfer als Tätern dargestellt werden?

In der heutigen Gesellschaft wird eine als sinnvoll gesehene Tätigkeit als wichtigstes
Wertziel empfunden. In dieser allgegenwärtigen Wertvorstellung erscheint es als logische
85 Konsequenz, dass Menschen, die keiner Tätigkeit nachgehen, von der Gesellschaft
ausgeschlossen werden. Besonders drastisch scheint diese Form der Ausgrenzung vor dem

Hintergrund, dass die strukturellen Veränderungen der Wirtschaft durch den technologischen Fortschritt, sowie die Verlagerung der Arbeit in sogenannte Billiglohnländer, einen Stellenabbau zur Konsequenz haben.

90

Die Einführung von Hartz IV kann als „Paradigmenwechsel“ betrachtet werden: Es ist nicht mehr erstes Ziel, eine Grundsicherung zu gewährleisten, sondern die sog. „Kunden“ wieder in Arbeitsverhältnisse zu bringen. Angesichts der Gefährdung vieler Arbeitsplätze durch die Digitalisierung erscheint diese Verlagerung des Schwerpunkts auf „Hauptsache Arbeit“ jedoch besonders paradox. Durch die Sanktionen werden Menschen, die in einer Notlage sind, existentiell bedroht. Sie machen sich erpressbar und sind den Jobcentern ausgeliefert. Dies führt auch zu Ängsten und Verunsicherungen bei Beschäftigten bis in die Mitte der Gesellschaft, welche immer mehr vom sozialen Abstieg bedroht ist in Deutschland und ganz Europa.

95

Deshalb fordern wir „Mut zur Veränderung“. Genauso wie Schröder es einst in seiner Rede zur Vorstellung der Agenda 2010 forderte.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 50***

Kennnummer 13594

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag B7

Füge am Ende der Zeile 3 (nach „...in Kitas dienen.“) ein:

5 Dabei ist gleichzeitig darauf hinzuwirken, dass Sprachförderprogramme in Grundschulen nicht als einzelne, isolierte Förderangebote begriffen, sondern als durchgängige Sprachbildung etabliert werden. Dies berücksichtigt, dass der Zugang zur Bildung sprachlichem Können und Wissen in allen Lernfeldern und Unterrichtsfächern erfolgt und nicht nur im Deutschunterricht.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 51***

Kennnummer 13595

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag B8

Füge am Ende der Zeile 49 ein:

Dies betrifft außerdem Lehrkräfte mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die – auch wenn sie Bildungsinländer sind – nicht verbeamtet werden und damit gleiche Nachteile erfahren.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 52***

Kennnummer 13596

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag PO3

Änderungsantrag zum Änderungsantrag der Antragskommission PO3

5 Ergänzend zu „Überweisung an den SPD Landesvorstand“ beantragen wir, dass das Thema Neuausrichtung SPD Klimaschutzpolitik vom SPD-Landesvorstand in das nächste Landesvorstands-Arbeitsprogramm der SPD BW zur weiteren Behandlung aufgenommen wird. Als ein Kernthema.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 53***

Kennnummer 13597

Kreisverband Ravensburg

Änderungsantrag zum Antrag PO8

Ergänzen:

Die SPD ist Partei für alle. Dies bringen wir auch dadurch zum Ausdruck, dass wir in allen
Schriftsätzen eine Schreibweise wählen, mit der sich alle Geschlechter angesprochen
5 fühlen: „Genoss*innen, Bürger*innen, Wähler*innen etc.“.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 54***

Kennnummer 13598

Kreisverband Ravensburg

Änderungsantrag zum Antrag W1

Einfügen in Zeile 345:

... Modernisierungsmaßnahmen nur zeitlich und prozentual begrenzt...

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 55***

Kennnummer 13599

Kreisverband Ravensburg

Änderungsantrag zum Antrag W1

Einfügen in Zeile 470:

... von Quartiersmanagement mit günstigem Wohnraum und Sozialarbeit wieder stärker ermöglichen.